

## **Für den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung!**

Positionspapier der Arbeitsgruppe „Frauen- und Geschlechterpolitik“ der Sommerakademie der Sozialistischen Linken (Bielefeld, 9.-12. August 2007)

Seit Anfang des Jahres gibt es in der Bundesrepublik eine Debatte über die Krippen-Betreuung, angestoßen durch die Familienministerin von der Leyen (CDU). Hinter einem Bündel von Maßnahmen steckt die Absicht, gut ausgebildeten Frauen stärker als bisher zu ermöglichen, Berufstätigkeit und Elternschaft miteinander zu vereinbaren. Zunächst wurde ein Elterngeld an Stelle des bisherigen Erziehungsgeldes gesetzlich verabschiedet. Das neue Elterngeld benachteiligt Arbeitslose und allgemein die unteren Verdienstgruppen. Beim bisherigen Erziehungsgeld erhielten alle Mütter (oder Väter) 300.- €'db über 24 Monate. Das neue Elterngeld wird nur 12 Monate ausbezahlt, wobei Arbeitslose 300.-€ erhalten, während Berufstätige 69% ihres letzten Gehalt bis zu max. 1800.-€ im Monat beziehen.

Weiterhin hat die Große Koalition das Kindergeld im Ausbildungsfall des Kindes um zwei Jahre von maximal 27 auf 25 Jahre gekürzt, was zusammen mit der Einführung von Studiengebühren in mehreren Bundesländern die Ausbildungschancen für die große Mehrheit verschlechtert.

Um die Lücke von zwei Jahren bis zum Kindergartenalter (3 Jahre) zu schließen, schlug von der Leyen vor, bis zum Jahre 2013 die Zahl der Krippenplätze um 500.000 auf 750.000 zu erhöhen. Damit wäre ein Versorgungsgrad von etwa dreißig Prozent ermöglicht. Die LINKE hat die Absicht, die Kinderkrippen zu fördern, im Grundsatz begrüßt. Allerdings ist der Vorschlag von der Leyens in der bisherigen Form nicht geeignet, die Lebenssituation der großen Mehrheit der Frauen zu verbessern.

Unsere Kritik richtet sich zum einen gegen die Art der Finanzierung der Krippenplätze und ihre zu geringe Zahl. Um einen flächendeckenden gesetzlichen Anspruch zu gewährleisten, reicht bei einer Berufstätigkeit von 60 Prozent der erwerbsfähigen Frauen eine etwa dreißigprozentige Versorgung der Kleinkinder nicht aus. Wir fordern einen gesetzlichen Anspruch für alle Kinder. Der Finanzierungsvorschlag der Großen Koalition sieht eine Beteiligung der Bundesregierung von 4 Mrd. € bei Gesamtkosten von ca. 12 Mrd. € vor. Damit würden die ohnehin hoch verschuldeten Kommunen und Länder weiter in die Verschuldungsfalle getrieben.

Zudem trifft von der Leyen keine Aussage über die Qualität und die Personalausstattung der Krippen. Eine qualitativ gute Krippenerziehung erfordert gut ausgebildete und tariflich entlohnte Erzieher/innen, die auf die Voraussetzungen jedes einzelnen Kindes eingehen können. Die EU-Kommission empfiehlt deshalb, dass eine Erzieherin maximal drei bis vier Kinder betreut. Gegenüber dem jetzigen Standard (6 bis 7 Kinder) wäre dies eine Verdoppelung der Betreuungsintensität. Ein hoher Qualitätsstandard ist aber die Voraussetzung dafür, dass Eltern mit gutem Gewissen ihre Kinder gemeinschaftlich und außerfamiliär erziehen lassen. Dieses würde wesentlich mehr als 12 Mrd. € kosten.

Von der Leyen wurde wegen ihres Vorstoßes innerparteilich scharf kritisiert. Die Vorschläge ihrer Parteikollegen zeigt, wohin die Reise bei der CDU gehen soll: Edmund Stoiber und die CSU fordern Betreuungsgeld in Höhe von 150 € monatlich für Eltern, die ihre Kinder im zweiten und dritten Jahr zu Hause erziehen.

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch schlug vor, das Tagesmutterwesen auszubauen. Während bei den öffentlichen Kitas massiv gespart wurde, soll die Zahl der Tagesmütter bis 2010 verfünffacht werden. Das Tagesmuttermodell ist keine geeignete

Alternative zur Erziehung in Kleinkindergruppen unter Aufsicht qualifizierter Erzieher/innen-Chancengleichheit ist so viel schwerer zu gewährleisten.

Das Tagesmuttermodell in Kombination mit einer „Zuhause-bleib-Prämie“ wäre eine Form der „Privatisierung“ der Betreuungsaufgaben. Da die Krippenbetreuung wesentlich teurer ist, sparen die Länder und Kommunen zu Lasten der Kinder. Kochs Vorschlag läuft außerdem noch darauf hinaus, die eigentlich öffentlichen Kosten für Betreuungsaufgaben auf Kosten der zumeist prekär lebenden Mütter und/oder Väter zu minimieren.

DIE LINKE hat in Reaktion auf die Pläne der Großen Koalition auf dem Gründungsparteitag am 16. Juni eine „Kita-Kampagne“ beschlossen.

Im Vorfeld der Kampagne gibt es nun vom Landesverband Saar die Forderung nach einem Erziehungsgehalt in Höhe von 1560 € für alle Mütter für die ersten 12 Monate und 960 € für das zweite und dritte Jahr, sowie 480 € bis zum 20. Lebensjahr des Kindes. Darin enthalten sind Pflichtbeträge zur Sozialversicherung. Christa Müller, familienpolitische Sprecherin des Landesverbandes Saar der LINKEN, begründet diesen Vorschlag mit dem Argument, dass eine enge Bindung des Kindes an die Mutter (oder Vater) in den ersten Lebensjahren unabdingbar für die emotionale Entwicklung des Kindes sei. Sie propagiert damit die vollständige private Erziehung von Kleinkindern – bevorzugt durch die Mutter. Sie behauptet, dass es für die Kinder besser sei, ausschließlich zuhause statt gemeinschaftlich in Krippen betreut zu werden.

Richtigerweise kritisiert Christa Müller, dass die Bedürfnisse von Frauen und Familien der Wirtschaft untergeordnet werden und die neoliberale Politik die Familien immer weiter belastet.

Ihre Vorschläge und das dem zugrunde liegende Frauen- und Familienbild lehnen wir jedoch ab. Die Vorstellung von der Unersetzbarkeit der Mutter entspricht weitgehend den konservativen Vorstellungen, wie sie in Teilen der CDU/CSU und der Kirchen propagiert werden.

Nicht die „Fremdbetreuung“ ist das Problem, sondern der Mangel an Krippenplätzen und die Bedingungen, unter denen die außerfamiliäre Betreuung heute stattfindet.

Frühkindliche Erziehung kann auch im familiären Rahmen scheitern, wenn z.B. beengte Wohnverhältnisse, Armut, Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Zukunftsängste die Familie emotional belasten. Umgekehrt können Kleinkinder durch enge Bindung zu Erzieher/innen ebenso emotionale Stabilität entwickeln. Die heutige Kleinstfamilie kann außerdem den sehr wichtigen, kontinuierlichen Kontakt von Kindern untereinander wie in einer Krippe nicht gewährleisten. Untersuchungen zeigen, dass diejenigen Kinder, die in Krippen mit hoher Qualität aufwuchsen, bei Sprachtests deutlich besser abschneiden, als diejenigen, die nur zu Hause aufwuchsen. Zudem wurde festgestellt, dass es für Kinder sogar besser ist, in Krippen mit niedriger Qualität aufzuwachsen, als unter ungünstigen Familienverhältnissen, wo die Eltern kaum mit ihren Kindern kommunizieren. Entscheidend ist nicht, wer das Kind betreut, sondern unter welchen Bedingungen und wie verlässlich eine Betreuung ist.

Soziale Fähigkeiten, kognitive und sprachliche Entwicklung werden somit durch die Erziehung in einer Krippe mindestens so gut gefördert, wie durch die Erziehung zuhause. Das gilt insbesondere für bildungsferne Schichten, Ein-Kind-Familien und für Kinder mit Migrationshintergrund.

Der Landesverband Saar begründet seinen Vorschlag mit der Herstellung von Wahlfreiheit für die Eltern.

Aber die Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf setzt den Ausbau von Krippenplätzen voraus. Darüber findet sich nichts im saarländischen Vorschlag für ein Erziehungsgehalt.

Unser Ziel ist es, gleichberechtigte, gesellschaftliche Bedingungen für eine Berufstätigkeit von Frauen herzustellen und die öffentliche Kinderbetreuung zu fördern.

Eigenständige Erwerbsarbeit von Frauen ist ein historischer Fortschritt, weil diese sie aus der finanziellen Abhängigkeit des Mannes und aus der gesellschaftlichen Isolation des

Hausfrauendaseins herausholt. Nur so ist im umfassenden Sinne Teilhabe an der Gesellschaft möglich.

Ein Erziehungsgehalt wirkt dem entgegen, weil es das Hausfrauen-Dasein fördert. Der Verweis auf entfremdende, prekäre und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse ist zwar richtig, die Lösung ist aber nicht die Erhaltung der alten Rollenteilung zwischen Mann und Frau, sondern der Kampf um Gleichberechtigung und Aufhebung entfremdender Arbeit.

Problematisch ist nicht die Arbeit als solche, sondern die Bedingungen, unter denen sie stattfindet. Prekäre Arbeitsverhältnisse und sinkende Reallöhne belasten die Situation von Frauen und Familien zunehmend. Deshalb sind Forderungen nach einem Mindestlohn, einer deutlichen Arbeitszeitverkürzung und verbindlich geregelten Arbeitszeiten besonders für Frauen und Familien wichtig.

Wir bestärken die Forderung nach einer gemeinsamen, kostenlosen, öffentlichen, steuerfinanzierten Kinderbetreuung für alle Altersgruppen. Die Betreuung muss einem hohen pädagogischen Standard entsprechen und durch qualifiziertes, nach Tarif bezahltes Personal erfolgen. Die Forderung nach einem Erziehungsgehalt ist nicht die Position der LINKEN.

Finanziert werden könnte ein Ausbau von qualifizierten Kinderkrippen durch die Steuerausfälle in Höhe von 7 Mrd. €, die 2008 mit der nächsten Stufe der Unternehmenssteuerreform, die in die Taschen der Unternehmer fließen sollen, indem die Steuerreform rückgängig gemacht wird.

Mit der vom Bundesparteitag beschlossenen Kita-Kampagne werden wir zeigen, wie die Interessen von Kindern, Frauen und Familien über das von Unternehmern und Kapitaleigentümern gestellt werden können.

Wir wollen

- die Förderung der öffentlichen Kinderbetreuung
- einen gesetzlichen Anspruch auf einen – für die Eltern kostenfreien - Kindergartenplatz für alle Kinder
- gut ausgebildete und tariflich entlohnte Erzieher/innen
- eine Betreuung von maximal drei bis vier Kindern durch eine Betreuungsperson
- kein Tagesmuttermodell in Kombination mit einer „Zuhause-bleib-Prämie“
- gesellschaftlichen Bedingungen, die Kinder und eine Berufstätigkeit beider Elternteile ermöglicht

Ute Bock (Oberhausen)  
Michael Bruns (Lippstadt)  
Christine Buchholz (Berlin)  
Maya Cohen-Mosler (Frankfurt/Main)  
Stefanie Haenisch (Frankfurt/Main)  
Maria Neufeld (Bielefeld)  
Gisela Kessler (Nürnberg-Fürth)  
Susanne Kim (Bochum)  
Tobias Paul (Darmstadt)  
Christel Rajda (Kaarst)  
Gisela Scheder-Wedekind (Dresden)  
Lucia Schnell (Berlin)  
Anna Voigt (Berlin)  
Luigi Wolf (Berlin)  
Ulrike Zerhau (Detmold)

Rückmeldungen zu dem Diskussionspapier an  
[ulrike.zerhau@die-linke.de](mailto:ulrike.zerhau@die-linke.de) und [christine.buchholz@die-linke.de](mailto:christine.buchholz@die-linke.de)